



Conférence de presse
«OUI au développement de
l'agriculture et du secteur
agroalimentaire»
Berne, 22 août 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Robert Cramer, conseiller aux Etats Les Verts

Commerce équitable plutôt que libre-échange

C'est avec beaucoup de plaisir que j'interviens ce matin sur un thème qui m'est très cher, sur un thème qui préoccupe fortement mon parti politique et sur un thème qui a des dimensions importantes à un niveau national et international.

Le nouvel article constitutionnel, si le peuple l'accepte le 24 septembre prochain, en particulier par sa lettre d, introduit le principe important du développement durable. Un principe qui est bien sûr très cher aux Verts de ce pays. Le rapport de la commission des redevances du Conseil des Etats (CER) du 3 novembre 2016 est dans ce sens là très clair. Je cite : « Seule une production indigène obéissant aux principes du développement durable peut rester à long terme un pilier important de la sécurité de l'approvisionnement ». Mais ce principe, ce qui est nouveau, concerne également les importations. Je cite à nouveau : „Les importations de denrées alimentaires et de moyens de production ne doivent toutefois pas porter trop gravement atteinte à l'environnement, ni nuire aux bases de production ou se faire au détriment des populations plus pauvres à l'étranger ». Cette nouvelle approche devra influencer, dans le futur, notre manière de négocier les accords commerciaux internationaux. Nous devons le dire haut et fort à l'attention de l'Organisation mondiale du commerce: il n'y a pas de libéralisation du commerce international possible s'il n'est pas équitable, c'est-à-dire s'il n'est pas fondé sur un développement durable qui permette, pour le thème qui nous concerne, aux paysans et paysannes de notre planète d'obtenir des revenus comparables au reste de la population de leur pays, dans de bonnes conditions sociales et avec une production qui ménage l'environnement à court et à long terme.

Le canton de Genève -que je représente à Berne- est un canton frontière et nous sommes confrontés à la problématique du tourisme de consommation qui concerne aussi fortement, mais pas uniquement, les denrées alimentaires. La proposition du nouvel article 104a ne va pas résoudre, à lui tout seul, cette problématique. Mais il donne une direction par sa volonté de renforcer la production indigène et de lutter contre une concurrence fondée sur un dumping social ou environnemental. Nous devons mettre en place des mesures politiques qui permettent aux paysans et paysannes de ce pays de maintenir une production très respectueuse de l'environnement et du bien-être animal, à un niveau supérieur à nos concurrents, dans un environnement de coûts plus élevé, encore renforcé par l'évolution du cours des changes de notre monnaie.

À cela s'ajoute que la lettre e de l'article 104a exige une utilisation des denrées alimentaires qui préserve les ressources naturelles. Et cela à tous les stades de la filière alimentaire indique le rapport de la CER. Il s'agit de mettre fin au scandale qui voit un tiers des aliments finir à la poubelle en Suisse.

Encore de bonnes raisons de voter OUI le 24 septembre à l'article 104a sur la sécurité alimentaire.



Medienkonferenz
„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Matthias Jauslin, Nationalrat *FDP.Die Liberalen*

Internationalen Handel nicht verhindern!

Die FDP unterstützte den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheitsinitiative. Die Begeisterung ist aber lediglich mässig gross, denn primär ging es darum, die einseitige und auf Abschottung beruhende Initiative des Bauernverbandes zu verhindern. Wir wollen die Bauern nicht unter Heimatschutz stellen. Im Gegenvorschlag gibt es nun einige positiven Punkte, die hervorgehoben werden müssen. Die FDP unterstützt den vorliegenden Bundesbeschluss aus drei Gründen.

Erstens verankert er die Agrarpolitik unseres Bundesrates Hannes Schneider-Ammann in der Bundesverfassung. Die Agrarpolitik 14-17 hat zum Ziel, das Unternehmertum auch im bäuerlichen Stand zu fördern. Es ist wichtig, dass die Schweizer Landwirtschaft näher an den Markt gebracht wird. Nur so wird es möglich sein, die Landwirtschaft neu zu orientieren und darauf hinzuarbeiten, dass langfristig weniger Subventionen ausgeschüttet werden müssen. Das entspricht auch den Zielen des Gegenvorschlags zur Ernährungssicherheitsinitiative, welcher als Grundlage für die Politik von Bundesrat Schneider-Ammann und deren Weiterführung angesehen werden kann. Dass diese Politik breite Unterstützung genießt, hat sich auch letzten Freitag bei der ersten Welle der SRG-Umfrage gezeigt. Bereits jetzt unterstützt eine grosse Mehrheit den Gegenvorschlag und weniger als 20% lehnen diesen explizit ab.

Der zweite Grund ist die internationale Komponente des Gegenvorschlags. Im Gegensatz zur Initiative ermöglicht der Gegenvorschlag die Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit oder auch von internationalen Verträgen mit anderen Ländern. Abschottung wäre für die Schweiz verheerend gewesen. Heute produziert die Schweiz lediglich 60 Prozent der Nahrungsmittel selbst, ohne Import wäre der Gesamtbedarf an Lebensmittel nicht gedeckt. Hinzu kommen Importe für landwirtschaftliche Geräte, Futtermittel oder auch Treibstoffe, auf welche die Schweizer Landwirtschaft für eine effiziente Produktion angewiesen ist. Zudem können wir Märkte anderer Länder nur erschliessen, wenn wir auch unsere Märkte für andere Länder öffnen. Dass unsere Nahrungsmittel international Verkaufsschlager sind, zeigt zudem, dass sich unsere Bäuerinnen, unsere Bauern im internationalen Handel nicht verstecken müssen. Aber ohne innovative Anpassungen der Produktpalette und Erschliessung neuer Märkte tritt unsere Landwirtschaft an Ort. Daher müssen auch weitere Freihandelsverträge unser Ziel bleiben. Damit stärken wir schliesslich die Landwirtschaft und machen sie selbstständiger. Der vorliegende Gegenvorschlag ermöglicht dies.

Der dritte Grund für ein Ja der FDP ist, dass mit diesem Verfassungsartikel keine gesetzgeberische Tätigkeit des Parlamentes hervorrufen wird. Der Verfassungsartikel ist direkt anwendbar und kann nicht als Grundlage für neue Subventionen, Verbote und Bürokratie missbraucht werden. Somit ist der vorliegende Gegenentwurf die schlankste mögliche Variante, um die schädliche Initiative des Bauernverbandes zu verhindern.

Natur, Handel und Konsum im Gleichgewicht



24. September 2017

Ernährungssicherheit

JA

Medienkonferenz

**„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017**

Ich fasse zusammen: Die Initiative des Bauernverbandes wäre ein Rückschritt für die Landwirtschaftspolitik gewesen. Es war die Forderung nach einer geschützten Werkstatt. Erst der nun vorliegende Gegenvorschlag hat den Rückzug der Initiative möglich gemacht. Damit konnte man grösseren Schaden verhindern und die eingeschlagene Richtung der Landwirtschaftspolitik für mehr Unternehmertum und mehr Markt fortführen. Der grenzüberquerende Handel muss auch in der Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Deshalb unterstützen wir diesen Gegenvorschlag und bitten Sie, dies auch zu tun.



Medienkonferenz
„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Beat Jans, Nationalrat, Vizepräsident SP Schweiz

JA zum Gegenvorschlag für Ernährungssicherheit

Die neue Verfassungsbestimmung stärkt den Schutz des Kulturlandes, den Handel und die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Gleichzeitig stellt sie sicher, dass die Landwirtschaftliche Produktion die natürlichen Ressourcen ungeschmälert erhalten muss. Die SP sagt klar Ja zum Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“.

Der Schutz des Kulturlandes und eine nachhaltige Landwirtschaft sind schon heute in der Bundesverfassung verankert. Die neue Verfassungsbestimmung ändert unmittelbar nichts. Die Kommissionen von National- und Ständerat und der Bundesrat haben klar festgehalten, dass sie keine Gesetzesänderungen auslösen wird. Die Agrarpolitik und die Handelspolitik werden in ihrer bisherigen Ausrichtung weitergeführt werden.

Die SP befürwortet den neuen Verfassungstext aus folgenden Gründen. Ernährungssicherheit ist ein Begriff, der in Anbetracht wachsender Nachfrage nach Lebensmitteln eine Umschreibung in der Verfassung verdient. Der Begriff Ernährungssicherheit umfasst in dieser Verfassungsbestimmung nicht nur die inländische Produktion sondern explizit auch den Handel. Dieser soll sich fair entwickeln. Das kommt mit der Formulierung *„grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen“* zum Ausdruck. Das entspricht der Handelspolitik der SP und ist auch ein Entgegenkommen an die Fairfood-Initiative, die noch hängig ist.

Die inländische Lebensmittelproduktion soll *„standortangepasst und ressourceneffizient“* sein. Was unter diesen heiklen Begriffen zu verstehen ist, entscheiden nicht die Initianten vom Bauernverband sondern, weil es ein Gegenvorschlag ist, ausschliesslich das Parlament. Und dieses hat über die Kommissionssprecher der Räte folgende Definition festgehalten: *„Die Landwirtschaft soll nicht intensiviert sein, die Belastung der natürlichen Ressourcen soll nicht zunehmen. Andererseits wird damit zum Ausdruck gebracht, dass sich die Produktion innerhalb der ökologischen Grenzen bewegen soll bzw. die Tragfähigkeit der Ökosysteme nicht überbelastet werden darf. Eine Verbesserung der Ressourceneffizienz soll dazu beitragen, die Beanspruchung der Ressourcen und die Emissionen in die Umwelt unter Erhaltung des Beitrags der Inlandproduktion zur Versorgungssicherheit zu reduzieren (Ressourcenschonung)“*. Damit ist klar, dass die Ökologisierung der Landwirtschaft nicht geschwächt werden soll.

Und schliesslich wird der Aspekt Foodwaste in die Verfassung aufgenommen. Der Gegenvorschlag verlangt *„einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln“*. Auch das ist im Sinne der SP.

Das sind alles Verbesserungen, die aus Sicht der SP positiv zu werten sind und Eingang in die Verfassung verdient haben. Aus diesen Gründen sagte die SP Delegiertenversammlung ohne Gegenstimme Ja zum Gegenvorschlag.



Medienkonferenz
„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Jürg Grossen, Nationalrat glp, Vizepräsident glp Schweiz

Vorteil Berggebiet!

Unser Ziel ist eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert und wichtige gemeinwirtschaftliche Leistungen zugunsten der Gesellschaft erbringt. Wir wollen die Innovation fördern. Um diese Ziele zu erreichen, ist ein **Umdenken in der Agrarpolitik** erforderlich.

Wir investieren bekanntlich viel Steuergeld in die Landwirtschaft, weil sie uns wichtig ist. Für dieses eingesetzte Geld dürfen wir eine **angemessene Gegenleistung erwarten**. Das ist nur fair. Heute sind wir aber noch nicht dort, wo wir mit unserer Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sein sollten. Der neue Verfassungsartikel ist ein Beitrag, um auf diesem Weg weiter voranzukommen.

Es ist klar, dass wir alle, auch die Politik, der Landwirtschaft grundsätzlich **vertrauen**. In den allermeisten Betrieben wird hart gearbeitet und es werden wertvolle Produkte erzeugt. Schuldzuweisungen braucht es daher nicht, und auch kein Misstrauen gegenüber den Bäuerinnen und Bauern. Klar ist aber auch, dass die **Gegenleistung** aus Sicht der Abnehmer **noch zu wenig stimmt**. Das gilt einerseits für die Konsumentinnen und Konsumenten, die ökologisch nachhaltige und gesunde Produkte zu einem fairen Preis erwarten. Das gilt andererseits auch für die Wirtschaft, besonders für den Tourismus und die Gastronomie, die heute noch nicht die Leistungen erhalten, die sie erwarten dürfen. Auch im Bereich **Umweltschutz** ist unsere Landwirtschaft noch weit von dem entfernt, was wir für das viele investierte Geld erwarten dürften. Die Mittel sind in Zukunft gezielter einzusetzen, indem für die Umwelt schädliche Anreize beseitigt werden.

Es ist deshalb wichtig, dass wir mit dem neuen Verfassungsartikel eine **Weiterentwicklung der Agrarpolitik** in der Bundesverfassung verankern, damit die bestehenden Defizite in Zukunft gezielter angepackt werden können. Wir Grünliberalen verlangen in der Agrarpolitik eine **stärkere Ausrichtung auf den Markt**, aber auch mehr Nachhaltigkeit und Transparenz im grenzüberschreitenden Handel und in der Produktion. Und wir brauchen einen besseren Schutz für das Kulturland und wollen keine neuen Subventionen. Und was wir mit Sicherheit nie wieder erleben wollen, ist, dass landwirtschaftliche Betriebe Direktzahlungen kassieren und gleichzeitig den **Tierschutz** in krassester Weise missachten. Das ist beschämend für unser Land.

Ich möchte zum Schluss noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der mir ebenfalls am Herzen liegt. Die **Einkommen der Bäuerinnen und Bauern in den Berggebieten** hinken immer noch stark denjenigen in den Talgebieten hinterher. Das gilt zum Beispiel auch im Berner Oberland. Das Berggebiet hat von der jüngsten Entwicklung der Agrarpolitik schon ein wenig profitiert. Ich denke dabei an die Vorteile für die Berg- und Sömmerungsgebiete. Wir wollen diesen eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Gerade im Interesse der Berggebiete müssen wir wegkommen von einer einseitigen Fokussierung auf eine immer intensivere Produktion. Stattdessen braucht es eine nachhaltige Produktion, die noch viel stärker als bisher auf den Markt ausgerichtet ist. Ein Ja zum Verfassungsartikel am 24. September bietet die Chance, die differenzierte, leistungsbezogene Ausgestaltung der Direktzahlungen zu stärken und weiterzuentwickeln.



Medienkonferenz
„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Regina Fuhrer, Bäuerin, Präsidentin Kleinbauern-Vereinigung

Ein Ja für Vielfalt und Konsumentennähe

Der neue Artikel 104a bringt die Lebensmittelproduktion und den Handel auf eine ganzheitlichere und damit nachhaltige Grundlage. Teilweise neu und besonders wichtig sind die Buchstaben a. Kulturlandschutz, d. Handelsbeziehungen die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft, also fairem Essen, beitragen und e. Lebensmittelverschwendung vermeiden.

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern bieten heute eine sehr breite Produktpalette und zahlreiche Dienstleistungen an. Die nicht mehr produktebezogene Agrarpolitik, welche seit den 90er Jahren verfolgt wird, hat massgeblich dazu beigetragen.

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern stehen heute vor grossen Herausforderungen: Die Anzahl der Betriebe sinkt und die Spezialisierung innerhalb der Betriebe nimmt seit Jahren stark zu. Immer stärker spezialisierte, kapitalintensivere, grössere und industrialisierte Landwirtschaftsbetriebe bringen unsere Ernährungssicherheit in Gefahr:

Die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Schweizer Landwirtschaft nimmt immer mehr ab.

- Das wirtschaftliche Risiko durch die Spezialisierung steigt,
- die Umweltziele werden verfehlt,
- die Arbeitslast der Bäuerinnen und Bauern nimmt weiter zu.

Eine für die Schweiz standortangepasste Landwirtschaft basiert auf vielfältigen Strukturen. Das ist nur schon aus topografischen Gründen zwingend. Nur eine vielfältige, resiliente Landwirtschaft bringt Ernährungssicherheit. Gleichzeitig müssen wir unsere Handelsbeziehungen endlich auf eine faire Grundlage setzen. Damit die Landwirtschaft weltweit auf eine nachhaltige Bewirtschaftung ausgerichtet wird.

Nur so, können die Konsumentinnen und Konsumenten auch morgen eine vielfältige Produktpalette geniessen.

Eine Intensivierung der Produktion ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen sichert unsere Ernährung nicht. Im Gegenteil ist die Trennung von Ökologie und Produktion eine Gefahr für die Schweizer Landwirtinnen und Landwirte. Günstige Massenware bietet der Schweizer Landwirtschaft keine Perspektive. **Vielmehr muss sie in Zukunft auf Vielfalt, Qualität und Konsumentennähe setzen.**

Gerade auch im Bereich der praktischen Forschung und Entwicklung müssen wir unser Potential für eine standortangepasste, schonende Landwirtschaft noch besser nützen und eine Vorreiterrolle einnehmen. Vielfältigen Strukturen und Betriebe bedeuten auch viele Hände und Köpfe (Ideen) in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft wird widerstandsfähiger und kann auf Veränderungen besser und agiler reagieren. Ausserdem ist sie näher an den Konsumentinnen und Konsumenten. Auf diese Nähe und Zusammenarbeit müssen wir setzen.

Vielfalt ist auch die Grundlage für zusätzliche gesellschaftlich wichtige Aufgaben, die die Landwirtschaft neben der eigentlichen Lebensmittelproduktion erbringt (Landschaftsqualität, Biodiversität, soziale Dienstleistungen und Arbeitsplätze).

Ein JA am 24. September ermöglicht eine Weiterentwicklung der Schweizer Agrarpolitik hin zu mehr Nachhaltigkeit und vielfältigen Betriebsstrukturen. Die Kleinbauern-Vereinigung kämpft dafür: Eine vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft ist eine Landwirtschaft zum Wohle von Mensch und Natur!



Medienkonferenz
„Ja zur Weiterentwicklung der
Land- und Ernährungswirtschaft“,
Bern, 22. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sara Stalder, Geschäftsleiterin Stiftung für Konsumentenschutz

Konsumentennutzen mit einer zukunftsgerichteten Landwirtschaft

Markt belebt die Landwirtschaft

Konsumentinnen und Konsumenten sind grundsätzlich auf einen funktionierenden Markt angewiesen, auch bei landwirtschaftlichen Produkten. „Mehr Markt und weniger staatliche Administration von Preisen und Mengen bei den Schweizer Agrarprodukten“: dieser Weg hat aus Konsumentensicht bereits mehrfach Verbesserungen herbeigeführt (Beispiel: Wein- und Käsemarkt) und muss daher weiter umgesetzt werden. Eine bessere Qualität und ein breiteres Sortiment sind die sicht- und geniessbaren Ergebnisse.

Mehr Markt stellt zudem einen wichtigen, ja zentralen Aspekt der Landwirtschaftspolitik dar: Nur dadurch ist die Ernährungssicherheit gewährleistet. Denn nur dank international gefestigten Handelsbeziehungen ist gesichert, dass die Schweiz überhaupt ihre Landwirtschaft betreiben kann. Einen Grossteil der Vorleistungen – vom Saatgut, den Maschinen, über die Energie bis zum Dünger und den Futtermitteln – bezieht die Schweizer Landwirtschaft aus dem Ausland. Vielfach ist sich die Bevölkerung nicht bewusst, dass unser Land in vielen Bereichen eine Veredelungslandwirtschaft betreibt.

Preiskorrekturen

Wie bereits erwähnt: Grenzüberschreitende Handelsbeziehungen haben auch für die Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf Vielfalt, Angebot aber auch auf den Preis eine zentrale Funktion. Die Hochpreisproblematik wirkt sich direkt bei den inländischen Landwirtschaftsprodukten aus: Vorleistungen müssen zu überhöhten Preisen importiert werden und treiben die Kosten, bzw. die Preise in die Höhe.

Unsere landwirtschaftlichen Produkte könnten problemlos deutlich günstiger hergestellt werden, wenn die Landwirte für viele Vorleistungen nicht die ungerechtfertigten Hochpreisinsel-Preise bezahlen müssten.

Konsumentenansprüchen gerecht werden

Mehr Nachhaltigkeit und Tierwohl: Das – durch diverse Studien über viele Jahre immer wieder bestätigte - Bedürfnis der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten nach nachhaltiger und tiergerechter Produktion ist gleichzeitig langfristig die Chance für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Der Weg mittels Qualitätsstrategie muss konsequent weiterverfolgt werden. Es gibt dabei noch viel zu tun, auch wenn die Werbung und die Branche dies gerne anders darstellen.

Dazu braucht es den Austausch innerhalb der ganzen Wertschöpfungskette und den Willen, die Landwirtschaft weiterzuentwickeln und vorwärts zu bringen.

Mit einem JA am 24. September wird aus Konsumentensicht die dringend benötigte und von den Steuerzahlenden geforderte Weiterentwicklung der Landwirtschaft weiterverfolgt.

Eine gute, nachhaltige Agrarpolitik ist immer auch Konsumentenpolitik. Daher ist die Stiftung für Konsumentenschutz seit vielen Jahren Mitglied der Agrarallianz.